



Newsletter *Gesundheit und Soziales*, Ausgabe 16/2011

Bremen bekommt neues Krankenhausgesetz

Obligatorische Haaranalyse bei U-Untersuchungen von Kindern

Schuldenberatung für alle

Aufenthaltsdauer in Gemeinschaftsunterkünften verkürzt

Anerkennungsgesetz – der große Wurf ist nicht zu erwarten

Opfer von Zwangsverheiratungen schützen



Bremen bekommt neues Krankenhausgesetz

In der letzten Woche hat der Krankenhausausschuss der Bremischen Bürgerschaft grünes Licht für das neue Krankenhausgesetz für Bremen und Bremerhaven gegeben. Es sieht insbesondere eine verbindliche Absicherung der Qualität in allen Häusern vor und zielt auf eine Stärkung der Patientenrechte. Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen: „Es war richtig, sich Zeit zu lassen für dieses Gesetz, weil es viele Argumente dafür und dagegen gab. Das zeigen auch die umfangreichen Stellungnahmen, die uns zugegangen sind. ...“

Die gesamte Pressemitteilung finden Sie hier

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/374/374915.bremen_bekommt_neues_krankenhausgesetz.html

Obligatorische Haaranalyse bei U-Untersuchungen von Kindern

Angesichts des besorgniserregenden Nachweises von Drogenrückständen bei 14 von 15 Kindern substituierter Eltern erwarten die Grünen eine Neuordnung des Methadonprogramms, um das Kindeswohl zu sichern. Dazu erklärt der kinder- und jugendpolitische Sprecher Mustafa Öztürk: „Für uns Grüne steht das Wohl der Kinder absolut im Vordergrund. Die erschreckenden Drogennachweise bei Kindern von

TeilnehmerInnen des Methadonprogramms zeigen, dass wir das System verlässlicher machen müssen. ...“

Die gesamte Pressemitteilung finden Sie hier

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/375/375454.obligatorische_haaranalyse_bei_uuntersuc.html

Das Positionspapier der grünen Bürgerschaftsfraktion finden Sie hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/375/375453.positionspapier_neuordnung_des_methadonp.pdf

Schuldenberatung für alle!

In den letzten beiden Sitzungen der Deputation für Soziales wurde darüber debattiert, dass seit Sommer letzten Jahres diejenigen, die keine Ansprüche auf Grundsicherung nach den Sozialgesetzbüchern II oder XII, sondern eigenes Einkommen haben, keinen Anspruch auf eine kostenlose Schuldenberatung haben – auch dann nicht, wenn sie sie selber nicht bezahlen können. Während der Deputationssitzung konnte die Sozialsenatorin leider noch keine befriedigende Lösung anbieten. Für uns ist das Thema allerdings sehr wichtig, denn wir meinen, dass alle Menschen mit einem Einkommen, das unterhalb der Pfändungsfreigrenzen liegt, Anspruch auf eine kostenlose Schuldenberatung haben müssen. Eine Möglichkeit wäre, dass die Arbeitnehmerkammer ihr entsprechendes Angebot ausweitet. Aber wir werden nach weiteren Lösungen suchen.

Aufenthaltsdauer in Gemeinschaftsunterkünften verkürzt

In Gemeinschaftsunterkünften untergebrachte Flüchtlinge sollen sich künftig bereits nach einem Jahr eine eigene Wohnung suchen dürfen, wie es die Grünen gefordert hatten. Das hat die Sozialdeputation beschlossen.

Die gesamte Pressemitteilung finden Sie hier

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/374/374897.aufenthaltsdauer_in_gemeinschaftsunterku.html

Aus dem Bundestag

Anerkennungsgesetz – der große Wurf ist nicht zu erwarten

Über den Kabinettsentwurf für ein Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse sind die grünen Bundestagsabgeordneten Krista Sager, Sprecherin für Wissenschafts- und Forschungspolitik, und Memet Kilic, Sprecher für Integrations- und Migrationspolitik, nicht gerade begeistert.

„Positiv ist zwar, dass künftig alle Personen mit ausländischen Berufsabschlüssen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und ihrem Wohnsitz Zugang zu Anerkennungsverfahren erhalten werden. Das ist aber zu wenig gemessen an dem Ziel des Gesetzes, die Chancen von Menschen mit ausländischen Qualifikationen auf Integration in den deutschen Arbeitsmarkt zu verbessern.“

Die gesamte Pressemitteilung finden Sie hier: http://gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/375/375547.anererkennungsgesetz_der_grosse_wurf_is_t_n.html

Opfer von Zwangsverheiratungen schützen

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Bekämpfung der Zwangsheirat bietet keinen wirklichen Opferschutz. Die grüne Bundestagsfraktion fordert aufenthaltsrechtliche Verbesserungen für die Opfer. Zudem setzt sie sich für eine Bund-Länder-Initiative ein, um länderübergreifend durch Prävention und Intervention Zwangsverheiratungen zu verhindern und Betroffene wirksam zu schützen.

- [Rede von Josef Winkler: http://www.gruene-bundestag.de/cms/bundestagsreden/dok/374/374779.zwangsheirat_und_aenderung_des_aufenthal.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/bundestagsreden/dok/374/374779.zwangsheirat_und_aenderung_des_aufenthal.html)
- Antrag: Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/015/1701571.pdf>
- Antrag: Opfer von Zwangsverheiratungen schützen: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/024/1702491.pdf>
- Antrag: Aufhebung der Residenzpflicht für Asylbewerber: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/030/1703065.pdf>
- Mehr zum Thema Migration und Asyl: http://www.gruene-bundestag.de/cms/migration_asyl/rubrik/17/17271.migration_und_asyl.html
- Mehr zum Thema Innenpolitik: <http://www.gruene-bundestag.de/cms/innenpolitik/rubrik/0/86.innenpolitik.html>

Ansprechbar für Nachfragen:



Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin
Doris.Hoch@gruene-bremerhaven.de
(Tel.: 0421/3011-299)



Horst Frehe, sozial- und behindertenpolitischer Sprecher
Horst.Frehe@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-233)



Dirk Schmidtman, altenpolitischer Sprecher
Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-233)



Janne Müller, Referentin für Soziales, Alten- u. Behindertenpolitik u. Beiräte
Janne.Mueller@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-241)



Andrea Quick, Referentin für Gesundheit, Frauen und Arbeit
Andrea.Quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-252)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/gesundheit.soziales-bremen>